

## Einigkeit beim Fracking-Veto

**Konstanz** Die Umweltminister von Bund und Ländern ziehen auch beim Netzausbau an einem Strang.

Die Umweltminister von Bund und Ländern wollen Wasser und Boden in Deutschland schützen und haben sich gegen das Fracking ausgesprochen. Um die hierzulande umstrittene Methode, mit Hilfe von Chemikalien und hohem Druck Gas zu gewinnen, zu verhindern, soll nach dem Willen der Umweltpolitiker das Bundesbergrecht geändert werden, sagte der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) am Freitag am Ende der Umweltministerkonferenz (UMK) in Konstanz.

Einstimmig, also auch mit dem Votum Bayerns, sprachen sich die Umweltpolitiker auch für den Ausbau der Stromnetze als einem wesentlichen Element der Energiewende aus. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hatte kürzlich noch eine Überprüfung der Pläne für den Bau großer Stromtrassen von Nord nach Süd gefordert. Allerdings will die UMK die Erdverkabelung beim Netzausbau vor allem in besiedelten Gebieten stärker berücksichtigen, sagte Untersteller.

Der Minister wies auch auf die große Gefährdung des Trinkwassers durch Fracking hin. Gerade der Tagungsort am Bodensee, der knapp vier Millionen Menschen mit Trinkwasser versorge, mache dies deutlich. Künftig soll eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung im Bergrecht verankert werden, um Fracking zu verhindern. Außerdem soll nach den Worten von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) das Wasserhaushaltsgesetz so geändert werden, dass bundesweit große Wasserschutzzonen entstehen, in denen es kein Fracking geben darf – etwa bei Trinkwasserspeichern wie dem Bodensee, bei Talperrren, in Naturschutzgebieten, aber auch bei privaten Mineralquellen und Brunnen von Brauereien. „Dieser Beschluss hat die Signalwirkung, auf Bundesebene zeitnah zu handeln“, sagte Untersteller.

Der thüringische Umweltminister Jürgen Reinholz (CDU) forderte ein Umdenken beim Hochwasserschutz. Den Flüssen müsste mehr Raum gegeben werden und die Dämme dürften nicht immer höher gebaut werden. Hendricks versprach ab 2015 zusätzliche Bundesmittel von etwa 100 Millionen jährlich für den Hochwasserschutz für einen Zeitraum von etwa zehn Jahren, wobei aber auch die Länder ihre Mittel noch aufstocken müssten. *dpa*

### Berufsschulen

## Lehrer wollen keine „Sparschweine“ sein

Die Regierung soll keine weiteren kleinen Berufsschulklassen schließen, fordert der Berufsschullehrerverband. Schon jetzt sinke die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe in Regionen, in denen das entsprechende Berufsschulangebot fehle, klagt Herbert Huber, der Vorsitzende des Verbands. Weitere Sparmaßnahmen der Landesregierung an den Berufsschulen lehnt der Verband rigoros ab. „Wir wollen nicht die Sparschweine der Landesregierung sein“, bekundeten Funktionäre bei einer Protestaktion im Finanzministerium.

Statt dessen verlangt der Verband, dass alle rund 710 frei werdenden Stellen im kommenden Schuljahr wieder besetzt werden. Für den Einstieg in die Inklusion wollen die Berufsschullehrer 100 weitere Stellen haben. Huber erneuerte auch die Forderung des Verbands, in den kommenden drei Jahren jeweils 400 zusätzliche Stellen zu schaffen, um das Unterrichtsdefizit und die Überstundenbugwelle abzubauen. Huber zufolge haben die Lehrer an Berufsschulen Überstunden im Gegenwert von rund 1800 Stellen angehäuft. Das Unterrichtsdefizit liege bei 2,2 Prozent der Stunden. Vor wenigen Jahren betrug es noch mehr als vier Prozent. Huber sagte, es sei spekulativ auf sinkende Schülerzahlen zu setzen. Der Zuzug nach Baden-Württemberg halte unvermindert an. Auch viele Flüchtlinge seien berufsschulpflichtig.

Das Kultusministerium verwies auf eine Rekorderstellung an den beruflichen Schulen zum aktuellen Schuljahr. Jetzt würden die Bedarfsberichte der Schulen ausgewertet. Es bleibe das Ziel, die beruflichen Schulen zu stärken, sagte ein Sprecher von Minister Andreas Stoch (SPD). *ral*

### Kontakt

**Redaktion Landespolitik**  
Telefon: 07 11/72 05-11 81  
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf den SEITEN 30 UND 31

# Einflussnahme oder nur ein Wutausbruch?

**Polizeieinsatz** Im Untersuchungsausschuss bestätigt ein leitender Polizeibeamter die Bagger-Episode um Stefan Mappus und Siegfried Stumpf. Doch die Interpretationen gehen auseinander. CDU und FDP sehen den Ex-Regierungschef entlastet. *Von Reiner Ruf*

Ekkehard Falk bleibt dabei: „Wenn es nicht gesagt worden wäre, dann wäre es auch nicht aufgeschrieben worden.“ Was der Leitende Polizeidirektor – seine Berufung zum Konstanzer Polizeipräsidenten musste in den Wirren der Polizeireform vorerst auf Eis gelegt werden – bei seinem Zeugenaufrtritt vor dem Untersuchungsausschuss Schlossgarten II so umständlich wie trocken formulierte, birgt eine gewisse Brisanz. Denn Falk ist, auch wenn das sicherlich nicht in seiner Absicht lag, einer der Urheber der neuerlichen parlamentarischen Beschäftigung mit dem Schwarzen Donnerstag und der von Grünen und SPD vermuteten politischen Einflussnahme der Regierung Stefan Mappus auf den Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten.

Der Bagger müsse rein, und wenn Stumpf nicht wolle, „dann hole ich eben Polizei aus anderen Bundesländern“, so fasste Falk im Ausschuss jenen Satz zusammen, der dem früheren Ministerpräsidenten Mappus zugeschrieben wird. Überliefert wurde er bei einer Besprechung von leitenden Polizeibeamten aus dem ganzen Land am 10. September 2010. Der Stuttgarter Polizeipräsident berichtete von dem sich verfestigenden Widerstand gegen das Projekt Stuttgart 21, dem sich stetig erhöhenden Kräftebedarf der Polizei – und dabei erzählte er auch von der Mappus-Äußerung.

**„Ich habe keine Erkenntnisse, dass gegen den Willen der Betroffenen Mails geöffnet wurden.“**

Datenschutzbeauftragter Jörg Klingbeil über die verwaltungsinternen Recherchen.

Die Besprechung in Stuttgart galt der Frage, welche Polizeireserven aus dem Land zur Verfügung standen, um die dauergestressten Kollegen in der Landeshauptstadt zu entlasten. Stumpf berichtete demnach von einer großen „Emotionalität des bürgerlichen Spektrums“, von Stolperfallen gegen Polizeipferde und anderen Fahrnissen. Auch benannte er zwei Ebenen, die den Gang der Ereignisse bestimmten: eine Leitungsebene mit dem Ministerpräsidenten Mappus sowie eine operative Ebene, der er sich selbst zurechnete. Zwischen beiden Ebenen gebe es durchaus unterschiedliche Vorstellungen. Die Arbeitsebene sei mit ihren Vorschlägen auf der Leitungsebene nicht immer durchgekommen.

Die von Stumpf während der Polizeibesprechung überlieferte Mappus-Äußerung bezog sich allerdings auf den Abriss des Nordflügels des Hauptbahnhofs, nicht auf den Schwarzen Donnerstag, weshalb der CDU-Obmann im Untersuchungsausschuss, Reinhard Löffler, die Episode ohnehin als irrelevant betrachtet, weil sie durch den Untersuchungsauftrag des Ausschusses gar nicht gedeckt sei; der befasse sich nur mit dem Polizeieinsatz im Schlossgarten drei Wochen später. SPD und Grüne sehen das anders. Wenn Mappus schon am Nordflügel Einfluss genommen habe, dann könne das auch prägend für das spätere Vorgehen der Polizei gewesen sein. In der Bagger-Kontroverse mit Mappus war es konkret darum gegangen, dass Stumpf um eine Woche Aufschub bat, weil er mehr Polizei heranzuführen wollte. Aber handelt es sich denn dabei überhaupt um eine Einflussnahme oder nur um den in seiner Wirkung überschätzten Wutausbruch eines unduldsamen Regierungschefs? In Ekkehard Falks Notizen finden sich keine Hinweise, dass die Bagger-Anekdote des Polizeipräsidenten bei der Besprechung von den Teilnehmern in der einen oder anderen Richtung kommentiert wurde. Allerdings merkte Falk im Untersuchungsausschuss an, er habe sich schon über die Mappus-Äußerung gewundert: „Ich habe das als schwierig empfunden und aufgeschrieben, weil es doch ein beachtliches Faktum ist.“ Außerdem habe er damals gedacht: „Die Stuttgarter Kollegen habe es auch nicht leicht.“



Die Vorbereitungen der Polizei auf den Einsatz gegen Stuttgart-21-Demonstranten am 30. September waren Thema der ersten Ausschusssitzung. *Foto: Michael Steinert*

Aber handelt es sich denn dabei überhaupt um eine Einflussnahme oder nur um den in seiner Wirkung überschätzten Wutausbruch eines unduldsamen Regierungschefs? In Ekkehard Falks Notizen finden sich keine Hinweise, dass die Bagger-Anekdote des Polizeipräsidenten bei der Besprechung von den Teilnehmern in der einen oder anderen Richtung kommentiert wurde. Allerdings merkte Falk im Untersuchungsausschuss an, er habe sich schon über die Mappus-Äußerung gewundert: „Ich habe das als schwierig empfunden und aufgeschrieben, weil es doch ein beachtliches Faktum ist.“ Außerdem habe er damals gedacht: „Die Stuttgarter Kollegen habe es auch nicht leicht.“

CDU und FDP wiesen im Ausschuss darauf hin, dass das offizielle Protokoll der

chefs? In Ekkehard Falks Notizen finden sich keine Hinweise, dass die Bagger-Anekdote des Polizeipräsidenten bei der Besprechung von den Teilnehmern in der einen oder anderen Richtung kommentiert wurde. Allerdings merkte Falk im Untersuchungsausschuss an, er habe sich schon über die Mappus-Äußerung gewundert: „Ich habe das als schwierig empfunden und aufgeschrieben, weil es doch ein beachtliches Faktum ist.“ Außerdem habe er damals gedacht: „Die Stuttgarter Kollegen habe es auch nicht leicht.“

CDU und FDP wiesen im Ausschuss darauf hin, dass das offizielle Protokoll der

## Bestellte Interviews bringen SWR in die Bredouille

**Affäre** Der Sender hat schon vorab auf eine Grillparty zurückgeblickt. Jetzt geht es um seine Glaubwürdigkeit. *Von Wolfgang Messner*

Wenn sich eines sagen lässt, dann das: die Lust auf Grillpartys ist dem Südwestrundfunk (SWR) gründlich vergangen. Sechs Stunden lang tobte am 1. Mai die Schlacht am Holzkohleofen. Die 14. Grillparty mit Küchenmeister Johann Lafer und allerlei Prominenten wie Jürgen Drews, Guido Cantz und Maite Kelly war zugleich die erste, die zeitgleich im Fernsehen, Radio und – via Livestream – im Internet über PC, Tablet oder am Smartphone zu erleben war. Live moderiert wurde die Sache von Lena Ganschow und Jens Hübschen. Tagelang rührte die Popwelle SWR 3 die Werbemittel. Keine Frage: der Spätzlesender war mächtig stolz auf seine Kochshow – live, in Stereo und im Breitband auf allen Kanälen.

So stolz, dass er seinen Hörern schon vorher erzählte, wie es hinterher gewesen war. In SWR-Info, dem einzigen Medienmagazin, das die zweitgrößte Anstalt bisher zu stande gebracht hat, plauderte ein Radiomoderator mit der Fernsehmoderatorin Ganschow über das große Brutzeln noch bevor es begonnen hatte. „Abertausende“ hätten an dem Event teilgenommen. Ganschow, abgebrüht durch Sendungen wie „Kaffee oder Tee“, plapperte munter drauf los. Puh, sechs Stunden durch zu moderieren, das sei „eine ganz schöne Nummer“, auch das Wetter sei zu beachten. Es sei aber

alles gut gegangen. „Es war ein neuer, interessanter Schritt für mich“, zog Ganschow ein persönliches Fazit. Und sie sagte weiter: „Mit großartigen Erfahrungen gehe ich da raus.“ Nach soviel „Trubel“ ziehe sie sich erst einmal „in die Natur zurück“. Aber das „Spargel-Gulasch“, das werde sie bestimmt mal nachgrillen, versprach die Moderatorin noch. „Das Spargel-Gulasch, das kann ich bestätigen, das war lecker“, attestierte der Radiokollege beifissen.

Dumm nur, dass zum Zeitpunkt des Interviews weder das Spargel-Gulasch gekocht noch ein Grill angezündet war. Das Gespräch war vorab aufgezeichnet worden und nur durch Zufall als Podcast im Internet gelandet, wo es dann auch zu hören war.

Die Blamage für den SWR war perfekt. Im Internet er gießt sich seither Häme über den Sender. Das sei „ein dreister Fall“, in jeder Hinsicht „empörend“. Der SWR müsse sich fragen lassen, „wo seine journalistische Qualitätssicherung versagt“ habe, schreibt ein Nutzer. Mit einem Mal hat der Sender ein Glaubwürdigkeitsproblem bekommen. SWR-Info entschuldigte sich umgehend für das „journalistische No-Go“. Der Hörfunkchefredakteur Arthur Landwehr mahnte: „So etwas darf nicht passieren!“

Wie es scheint, ist der Vorgang kein Einzelfall. Der Betriebsverband der Dienstleis-



Grillshow mit dem Fernsehkoch Johann Lafer – die Werbung für dieses „Event“ steht senderintern, bei den SWR-Hörern und im Internet in der Kritik. *Foto: SWR/Schweigert*

tungsgewerkschaft Verdi listet eine ganze Reihe ähnlicher Vorgänge auf, in denen ein „Symptom für einen viel tiefer gehenden Verfall guter journalistischer Sitten“ erkennt. So würden SWR-Hörfunkwellen mit vorab bestellten Hörer-O-Tönen Eigenwerbung betreiben, externe Fachleute würden als „SWR-Experten“ tituliert, SWR-Korrespondenten lieferten „Live-Reportagen“, bevor sie überhaupt am Ort des Geschehens seien und bei ihren Abmoderationen würden sie „aus Lissabon“ sagen, obwohl sie in Madrid säßen. Außerdem gebe es ständig Interviews im Format „Drei Fragen – Drei Antworten“, bei denen die Antworten aufgezeichnet und die Fragen vorgefertigt würden.

„Kurz: An vielen Stellen des Hauses wurde über Jahre eine Kultur des ‚Es kommt nicht so drauf an‘ gepflegt“, klagt

Besprechung von alledem nichts weiß. Doch sagte die ebenfalls als Zeugin gehörte Protokollantin, sie habe ein Ergebnisprotokoll verfasst, kein Protokoll über den Diskussionsverlauf. Ein Polizeidirektor aus dem Stuttgarter Regierungspräsidium vermachte sich an den Mappus-Satz in der überlieferten Form nicht zu erinnern und nannte es auch „ganz normal, dass es unterschiedliche Vorstellungen“ zwischen der Polizei und der politischen Ebene gebe.

Ein Polizeibeamter aus dem Präsidium Karlsruhe bestätigte, dass Stumpf von einer „engen politischen Begleitung“ des Projekts Stuttgart 21 gesprochen habe, allerdings sei er selbst bei der Besprechung gar nicht dabei gewesen, sondern habe dies von seinem Chef gehört, dem jetzigen Inspekteur der Polizei, Detlef Werner.

Berichte vom Hörsen aber wollten CDU und FDP nicht gelten lassen. Der FDP-Abgeordnete Timm Kern resümierte die Zeugenbefragung: „Der Versuch von allem der Grünen, eine politische Einflussnahme zu konstruieren, ist heute gescheitert.“ Der Grünen-Obmann Hans-Ulrich Sckerl sagte, eine endgültige Wertung liege ihm fern. Voll bestätigt sieht sich Sckerl durch den Auftritt des Landesdatenschutzbeauftragten Jörg Klingbeil. Dieser attestierte dem Untersuchungsausschuss wie auch der Landesverwaltung im Streit um die Verwertung von Mails und Notizen der damals Beteiligten: „Ich bin der Überzeugung, dass die Ministerien sorgfältig draufgeschaut haben, dass man nicht willkürlich alles Material an Land zieht.“ Die Ministerien hätten dem Ausschuss Daten zum Polizeieinsatz im Zusammenhang mit den Protesten gegen das umstrittene Bauprojekt Stuttgart 21 im Umfang von 200 Aktenordnern übergeben.

Noch nicht gelöst ist dagegen, wie mit den Mail-Accounts zweier wichtiger ehemaliger Mitarbeiter des Staatsministeriums umzugehen ist. Die beiden Beamten hätten sich zunächst bereit erklärt, zusammen mit Dritten ihre Mails durchzusehen und in private und dienstliche zu trennen, berichtete Klingbeil. Bei einigen Mails konnte aber offenbar keine Einigung erzielt werden, ob bei der Öffnung private oder eben auch dienstliche Sachverhalte zu Tage kämen.

Die auf Magnetbändern abgelegten Datensätze von 600 Mitarbeitern des damals von Tanja Gönner (CDU) geführten Umwelt- und Verkehrsministeriums können laut Justizministerium unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit genutzt werden. Klingbeil erkennt jedoch gewisse Probleme mit dem Fernmeldegeheimnis. In nicht-öffentlicher Sitzung beantragte der CDU-Obmann Reinhard Löffler ein Gutachten, um die Verfassungsmäßigkeit des Ausschusses prüfen zu lassen.

Aus seiner Sicht missbrauchten Grünrot das Gremium als „Kampfinstrument“. Seine Forderung, die Arbeit des Ausschusses aus diesem Grund vorerst auszusetzen, ließ Löffler jedoch fallen.